

Ayodhya:

Fanal einer politisch kalkulierten Hetzkampagne

von Brigitte Schulze

Die Zerstörung der Moschee von Ayodhya durch Hindufundamentalisten hat zwischen Muslimen und Hindus eine Spirale der Gewalt und Gegengewalt in Gang gesetzt, die das in 45 Jahren etablierte politische System des Landes mit einem Schlag wie ein Kartenhaus zusammenbrechen lassen könnte. Wie die anschließenden jüngsten Massaker in Bombay und Ahmedabad beweisen, ist die öffentliche Ordnung in den wichtigen indischen Städten zusammengebrochen. Die außenpolitischen Folgen von Ayodhya heißen massive Verschlechterung des sowieso schon schwierigen indisch-pakistanischen Verhältnis, ebenso wie des Verhältnisses zu Bangladesh. Die indische Krise macht nicht an den Grenzen zu Pakistan und Bangladesh halt. Und sie wird auch die Situation in Kashmir weiter verschärfen. Eine klare Strategie angesichts der Gefahr ist im Regierungslager nicht zu erkennen; stattdessen scheinen die Parteifürsten entschlossen, die Schwäche von Premier Rao zum eigenen Vorteil auszunutzen. In Teil I ihres Beitrages geht es der Autorin darum, Hintergründe zum Verständnis über Ayodhya zu beleuchten: Sie geht Fragen nach wie: Ist Indien eine säkulare Demokratie, was ist 'Kommunalismus' zwischen Hindus und Muslimen - welche Vorurteile gibt es dazu. Sie beleuchtet die soziale und ökonomische Krise in Indien und die Rolle der Polizei.

Ayodhya ist in Indiens Öffentlichkeit seit Mitte der 80-er Jahre zum Synonym für eine drohende schwere Krise der Indischen Republik geworden. Nun, da am 6. Dezember 1992 passiert ist, was viele angesichts der gut sechs Jahre andauernden muslimfeindlichen politischen Agitation einiger selbsternannter 'Hindu-Organisationen' schon mehrmals befürchtet hatten, nämlich die Zerstörung der 1528 in Ayodhya erbauten Babri Masjid (Babri Moschee) durch fanatisierte Hindus, ist die Krise akut.

In Indien, wie auch in Deutschland konzentriert sich das Gros politischer Beobachter auf die Beschwörung von Säkularismus, zu dem "die größte Demokratie der Welt" zurückkehren müsse und die Verdammung des sogenannten Fundamentalismus auf Seiten von Hindus und von Muslimen. Diese wenig reflektierten Schlagworte sind aber eher in der Lage Auskunft über diejenigen, die sie gebrauchen, als über das, was in Indien passiert, zu geben. In welchem Zustand ist die 'säkulare Demokratie', was steckt hinter dem 'religiösem Fanatismus'? Etwa 1500 Menschen sind in den Auseinandersetzungen um den neu zu bauenden Tempel für den hinduistischen Gottkönig Ram zu Tode gekommen. 300.000, von der Rechtmäßigkeit des Tempelbaus anstelle der Moschee überzeugte Hindus, waren zum Teil von weither in wohlorganisierten Gruppen nach Ayodhya gekommen, das im nordindischen Bundesstaat Uttar Pradesh liegt. Die meisten dort anwesenden Poli-

zisten schauten sowohl dem Zerstörungswerk, als auch den Gewalttätigkeiten gegen Muslime tatenlos oder sogar sympathisierend zu.

Die "größte Demokratie der Welt" - nach wie vor eine Art Feudalstaat?

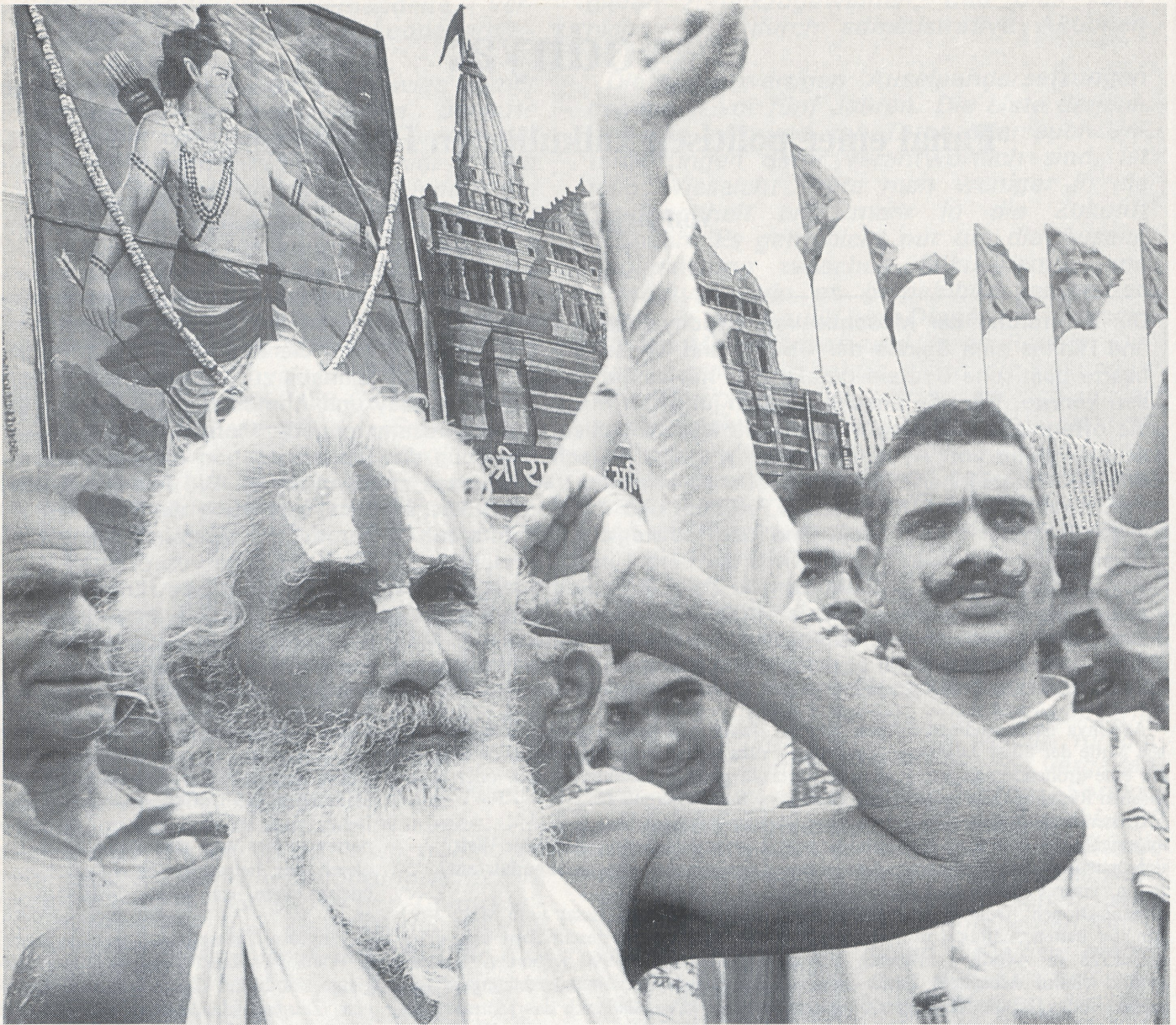
Ein politisches Essay vom März 1991 in 'Gentleman', geschrieben angesichts der im Herbst 1990 wütenden 'Kasten- und Religionsauseinandersetzungen' gibt zu bedenken, daß sich das zentrale Problem des Subkontinents in den letzten 800 Jahren nur unwesentlich verändert habe, aber nie gelöst wurde. Die jeweils Herrschenden wären immer nur eine elitäre Minorität gewesen, die die Massen gegeneinander wie in einem Machtpoker ausgespielt habe.

Nur heute müssen die Machthaber versuchen, den demokratischen Schein zu wahren und das Wahlverhalten in ihrem Sinne zu beeinflussen. Außerdem reflektieren sie auf das Fortkommen ihrer Nation innerhalb der internationalen Abhängigkeits- und Benutzungsstrukturen, wie sie seit der Entkolonialisierung etabliert sind. In der Tat ist die Ansicht in Indien weit verbreitet und sieht sich nun bestätigt, daß heutige Parteien und Politiker als Opportunisten der Macht handelten und sich zu allem taktisch verhielten, was ihnen Wählerstimmen einbringe. In der Außenpolitik wird auf Grundlage einer enormen Aufrüstungspolitik die Rolle einer regionalen Ordnungsmacht eingefordert und übernom-

men. Rüstungskritiker in Indien geben die Ausgaben für den Rüstungs- und Verteidigungssektor für 1990 mit 11 Milliarden US-Dollar an. Dabei zählt Indien auch zu den größten Waffenimporteuren der Welt und strebt zum Ausgleich der belasteten Devisen Zahlungsbilanz einen steigenden Waffenexport an.

Religiöse Themen sind als Zugpferde in Wahlen entdeckt worden. Die Urnengänge seit Indira Gandhis Tod 1984 legen Zeugnis davon ab, wie es die 'Congress-(I)'-Partei mit Rajiv Gandhi gelang, nicht nur die Welle der Sympathie für den Sohn der Ermordeten auszunutzen, sondern in ihrem Wahlprogramm explizit auf die 'Hindu-Karte' zu setzen. Wahlslogans, die für eine hindugefärbte nationale Integration warben, mobilisierten eine 'Hindu-Identität', auf die sich die 'Bharatiy Janata Party' (BJP, indische Volkspartei) seit 1986 mit ihrer 'Hindutva'-Agitation (Herrschaft der Hindus) stützen konnte.

Doch welchen aktiven Part übernehmen Teile der Bevölkerung Indiens in diesem Machtpoker? Gewählt haben sie die BJP, und die Sympathien für diese militante 'Hindu-Partei' scheinen auch nach Ayodhya zuzunehmen, insbesondere seit dem Verbot der BJP-Schwesterorganisationen 'Vishwa Hindu Parishad' (VHP, Weltvereinigung der Hindus), 'Rashtriya Swayamsevak Sangh' (RSS, Verband der Freiwilligen der Nation) und deren militantem Fußvolk in der 'Bajrang Dal'. Welche Behauptun-



Indien im Würgegriff der Hindu-'Fundamentalisten'. (Foto: 'Frontline')

gen dieser Parteien verfangen, und warum? Interessanterweise verfolgt die BJP die Idee von 'Hindutva' auch erst seitdem der heutige Parteivorsitzende L. K. Advani die Führung der Partei 1986 übernahm und der 'Congress' angefangen hatte, die 'Hindu-Karte' zu spielen (über die Strategie der 'Hindutva'-Gruppierungen wird ausführlich im zweiten Teil des Artikels informiert).

WissenschaftlerInnen äußern sich zum 'Kommunalismus'

Seit der Teilung des Subkontinents 1947 in die Staaten Indien und Pakistan wollen indische Sozial- und GeschichtswissenschaftlerInnen, engagierte JournalistInnen und AktivistInnen sozialer Bewegungen die Dynamik sog. kommunaler Auseinandersetzungen ('communa-

lism' ist der in Indien gebräuchliche Ausdruck für gewaltvolle Konflikte zwischen unterschiedlichen ethnischen, sozialen oder religiösen Bevölkerungsgruppen) insbesondere zwischen Hindus und Muslimen aufklären. Bei ihren Analysen handelt es sich nicht um eine homogene Weltsicht, sondern um ein ganzes Spektrum von Einsichten, die sich in erster Linie um eine Differenzierung in der Betrachtung und Erklärung von kommunalistischen Phänomenen bemühen. Eine Tendenz ist den staatskritischen Geistern unter ihnen jedoch gemeinsam, daß das vielbeschworene konfliktreiche Verhältnis zwischen Hindus und Muslimen als selbstevidente Notwendigkeit nicht existiere, daß man genau hinschauen und unterscheiden müsse, auf welcher Grundlage Konflikte zwischen Hindus und Muslimen ausbrä-

chen. Sie sprechen von der "Konstruktion" des Kommunalismus, ohne zu leugnen, daß es so etwas wie ein kommunales Selbstbewußtsein, eine sich gegen den jeweils Anderen abgrenzende Identität gäbe. Diese bilde sich allerdings vor dem Hintergrund der Alltagserfahrungen der Menschen, ihrer Klassen- und Kastenzugehörigkeit. Kritisiert werden vor allem drei weitverbreitete Vorurteile, die ihrerseits den 'Kommunalismus' schüren:

- Die rassistische Betrachtung, die Menschen als wesentlich durch ihre Religion Definierte ansieht und auf dieser Grundlage eine angeblich gleichartige Wesens- und Interessenslage bei allen Hindus (die Hindus tun...) bzw. allen Muslimen behauptet.

- Die Zwei-Nationen-Theorie, die die Bildung eines Staates auf Grundlage der

Religion seiner Untertanen als politische Notwendigkeit vertritt.

- Die Geschichtsklitterung, die aus der Geschichte des indischen Subkontinents einen dauernden Kampf zwischen den Hindus und den Muslimen konstruiert.

Betreiber der jüngsten Gewalt um Ramjanambhoomi bzw. die Babri Masjid, aber auch ein Großteil der 'schweigenden Mehrheit' der indischen Mittelklasse praktizieren bzw. teilen diese Ansichten.

'Kommunalismus', so könnte eine zentrale Quintessenz aus der in Indien versuchten Analyse lauten, ist insofern ein modernes Phänomen weil es zur Aktivierung und Brutalisierung wechselseitiger Vorurteile erstens die Gewaltbereitschaft heutiger, moderner Staatsrepräsentanten braucht. Zweitens verfängt die Ideologie auch nur auf der Grundlage der seit der britischen Kolonialherrschaft mit Macht durchgesetzten, und in den heutigen Abhängigkeitsstrukturen eines von Dollar-Kapital bestimmten Weltmarktes weiterbetriebenen Verelendung von 2/3 der indischen Bevölkerung. Zu sozialer Gewalt führen aber auch Widersprüche im Glauben selber. Insbesondere die Version des brahmanischen Hinduismus, in der die Ungleichheit und Hierarchisierung von Menschen festgeschrieben ist, sei sehr konfliktrichtig. Einerseits stimme sie mit den faktischen Gegebenheiten der zum Teil sklavenerähnlichen Verhältnisse in indischen Dörfern überein, diese seien aber durchaus nicht statisch. Gegen die Unterdrückung wehren sich untere Kasten oder sogenannte Kastenlose 'dalits' (heißt Unterdrückte und wurde von Dr. B.R. Ambedkar als kämpferische Version der harmonisierenden Bezeichnung 'harijans', Kinder Gottes, von M. K. Gandhi entgegengesetzt) seit Jahrhunderten und damit auch gegen Ideologie und Praxis des Kastenwesens. Dieses kodifiziert auch in seiner heutigen Form die Behandlung von 'dalits' und Niedrigkastigen, die meist auch das Gros der Besitzlosen stellen, als 'Untermenschen'.

In politisch kalkulierten Massenaktionen konvertierten diese Unterdrückten deshalb zum Buddhismus oder auch zum Islam. Von den Repräsentanten des brahmanischen Hinduismus wird dies als Bedrohung ihrer sozialen Ordnung gesehen und sanktioniert.

'Kommunalismus' sei also eine konfliktrichtige Mixtur, in die Widersprüche der Religion selber, eine für Machtambitionen von Politikern zurechtinterpretierte Religion, lange geschürte und schließlich auch in den Köpfen der Leute verankerte Vorurteile und ökonomische Verteilungskämpfe eingingen.

Die Geschichte des militant ausgetragenen und zahllose Opfer fordernden

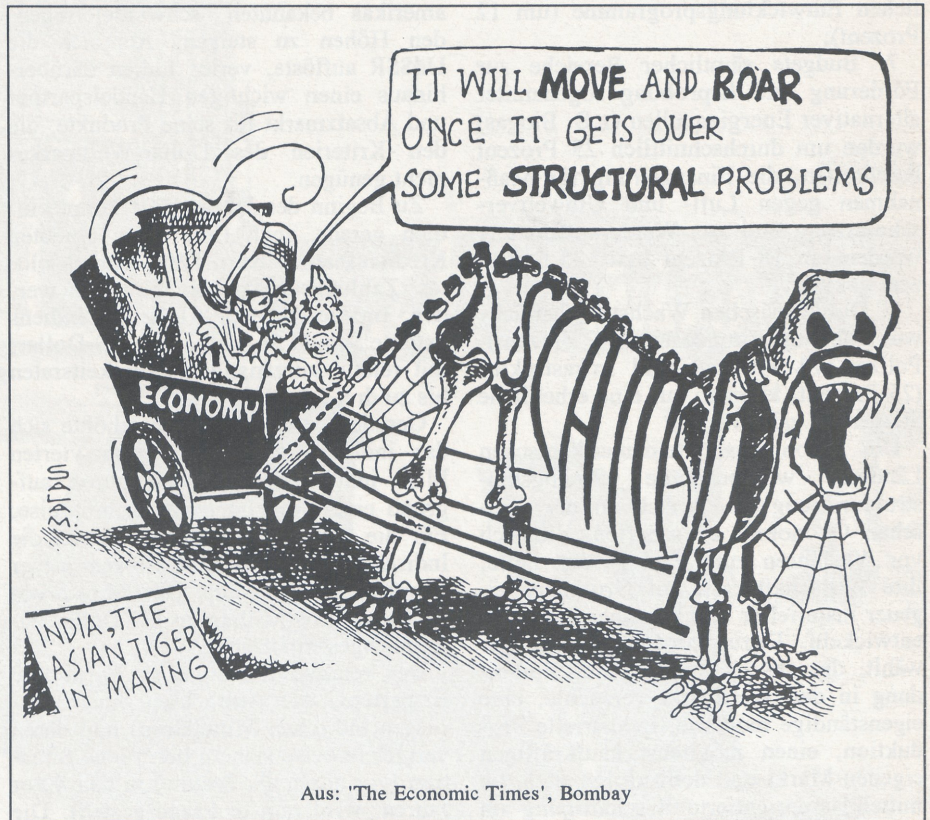
'Kommunalismus' beginnt nicht zufällig in der Zeit der britischen Kolonialherrschaft über den indischen Subkontinent. Im Zuge der Konsolidierung ihrer Macht zu Beginn des 19. Jahrhunderts begann die Kolonialmacht jede Unstimmigkeit zwischen Volksgruppen zum Anlaß zu nehmen, frei nach dem Motto 'teile und herrsche' zwischen Hindus, Muslimen und anderen Gruppen (Sikhs) Mißgunst und Streit zu schüren bzw. erst herzustellen.

Äußerst problematisch wäre es, in diesem Kontext von den Hindus bzw. den Muslimen zu sprechen. Erstens habe die entsprechende Hindu-Elite schon immer andere Interessen als die breite Masse von Menschen, die hinduistische Götter

noch einige andere Glaubensinterpretationen im Islam.

Steigende Verschuldung, eingeschränkte Souveränität, Verarmungspolitik und soziale Konflikte

Die Tage, in denen der erste Premierminister eines souveränen Indien Jawaharlal Nehru den Traum einer prosperierenden, nach Weltgewicht strebenden, jungen Nation träumte, diesen Traum nach Innen und Außen verkörperte und in die Tat umzusetzen verstand, sind vorbei. Indiens heutiger Finanzminister Manmohan Singh, der mit in Wirtschaftskreisen des Westens bestauntem 'Wagemut' eine Liberalisierungspolitik



Aus: 'The Economic Times', Bombay

verehren und zweitens ziele die Verehrung des 'höchsten Prinzips' im Hinduismus auf eine solche Vielfalt von Göttinnen und Göttern, beinhaltet unterschiedlichste Kulte und Rituale, daß man sie nicht als homogene Einheit ansehen kann.

Das Gleiche gilt im Prinzip für Muslime, außer, daß es im Islam als monotheistischer Religion nicht den Pluralismus im Vollzug individueller Religiosität wie im Hinduismus gibt. Wir haben es auch hier nicht mit den Muslimen zu tun, denn außer Schiiten und Sunniten (Herrscher beiderlei Richtungen hatten sich in vorkolonialer Zeit beispielsweise ebenso bekämpft wie sie hinduistische Fürsten angriffen) gibt es

nach den Rezepten der Weltbank (WB) und des Internationalen Währungsfonds (IWF) durchführt, bekannte angesichts des Budgets für 1992-93, daß die unmittelbare Herausforderung darin bestünde, Indiens Glaubwürdigkeit ('credibility', auch Kreditwürdigkeit) nach Innen und in der Welt wiederherzustellen. An der Herstellung der Kreditwürdigkeit arbeitet der Finanzminister mit besten Kräften. Das Strukturanpassungsprogramm von WB und IWF geben die Richtung an. Folgendes wurde bereits erreicht:

1. Die Preissteigerungsrate für Güter des Grundbedarfs ist seit 1989 um durchschnittlich 100 Prozent gestiegen;
2. Die Preise für Weizen und Reis, die

in den noch(!) existenten, staatlich subventionierten Läden verkauft werden, sind in den letzten zwei Jahren um 15 bis 30 Prozent gestiegen;

3. Das Budget für die Elementarbildung wurde um 14 Prozent gekürzt, für non-formale Erziehung um 15 Prozent;

4. Im Nationalen Gesundheitssystem wurde das Programm zur Tuberkulosebekämpfung um 27 Prozent, das Programm gegen Malaria um 38.9 Prozent gekürzt;

5. Einen bemerkenswerten Anstieg hat es im Budget für Familienplanung um 34 Prozent gegeben, dagegen wurden

6. Gelder, die in den sogenannten nicht-formalen Sektor der Beschäftigung (in dem die Mehrzahl der Menschen ihr mageres Auskommen erzielt) fließen, gekürzt, ebenfalls die Integrierten Ländlichen Entwicklungsprogramme (um 12 Prozent);

7. Budgets sämtlicher Bereiche zur Förderung und Erprobung sogenannter alternativer Energiequellen (z.B. Biogas) wurden um durchschnittlich 25 Prozent beschneiden, die Finanzierung für Maßnahmen gegen Luft- und Umweltverschmutzung und zur Wiederaufforstung wurden um 18 Prozent bzw. 35.5 Prozent gekürzt;

8. Die klassischen Wachstumsbereiche wie Rüstung (mindestens 7 Prozent), Polizei (14 Prozent) und Infrastruktur (25 Prozent) konnten auf eine erhebliche Steigerung zählen.

Die schon aus lateinamerikanischen Ländern wohlbekanntes Zwangsstrukturierung macht sich an der indischen Ökonomie zu schaffen, die sich vor 40 Jahren zum Ziel gesetzt hatte, ihre Wirtschaftskraft auf Grundlage eigener materieller und humaner Kräfte zu entwickeln. Dazu wurde ein Weg gewählt, der abseits von direkter Einbindung in den Weltmarkt versuchte, eine eigenständige moderne, industrielle Produktion, einen möglichst kaufkräftigen eigenen Markt und demzufolge auch die mittelklasseorientierte Beschäftigung im öffentlichen Sektor zu fördern. Das mehr als bescheidene Auskommen der Millionen von Eigentumslosen im sog. nicht-formalen Sektor sollte zumindest nicht behindert werden. Die über das ganze Land verteilten subventionierten Produktions- und Verkaufszentren der 'Khadi and Village Industries Commission, Gramodaya' sollten zum einen sicherstellen, daß das dörfliche Handwerk unter dem Einfluß der Industrieproduktion nicht ganz verschwindet und zum anderen, daß die Myriaden von Armen sich das Nötigste zum Überleben noch leisten konnten.

Bis zu Beginn der 80-er Jahre profitierten Indiens Entwicklungspläne von den guten Beziehungen zur ehemaligen UdSSR und davon, daß die damalige

Supermacht Indien als strategisches Gegengewicht gegen das von den USA aufgerüstete Pakistan ansah. Mit einzelnen Republiken hatte sich ein reger Tauschhandel entwickelt, in dem Indien nicht mit Dollar, sondern mit Waren oder Rohstoffen aus dem eigenen Land bezahlen konnte. In diesem Handel konnte Indien auch Überschüsse erwirtschaften. Seine Ambitionen, im südasiatischen Raum und im Indischen Ozean als Ordnungsmacht aufzutreten, wurden vor dem Hintergrund des Eigeninteresses der UdSSR mit modernsten Waffenlieferungen unterstützt, ohne daß ein damals ins Gewicht fallender Schuldenberg aufgetürmt wurde.

Mit Öffnung zum Weltmarkt und Einbindung in diesen begann die Verschuldung Indiens in die von Ländern Lateinamerikas bekannten, schwindelerregenden Höhen zu steigen. Als sich die UdSSR auflöste, verlor Indien darüber hinaus einen wichtigen Handelspartner und Absatzmarkt für seine Produkte, die den Kriterien des Dollar-Weltmarktes nicht genügen.

Zu Beginn des Jahres 1991 konnte Indien gerade noch (mit einer erneuten Kreditaufnahme beim IWF) vor absoluter Zahlungsunfähigkeit bewahrt werden. Im Dezember 1991 betrug Indiens externe Schuld 76 Milliarden US-Dollar, mit relativ kurzfristigen Fälligkeitsraten bis zu drei Jahren.

Gerade vor vier Monaten erhöhte sich das indische Preisniveau zum vierten Male innerhalb von zwei Jahren aufgrund einer Anhebung der Rohölpreise. Für die Einfuhr von Rohöl wendet die Indische Union bereits 30 Prozent seiner Devisen auf und die Devisenreserven sind auf sechs Milliarden US-Dollar zusammengeschmolzen (1991).

Der relative Reichtum in Form von Erspartem, das Anwachsen einer saturierten indischen Mittelklasse und deren vergleichsweise sichere berufliche Situation (vor allem als Beamte) in den 80-er Jahren, wird nun in Frage gestellt. Die Sparkonten schmelzen dahin, das Geld muß für den schnell teuer werdenden Konsum ausgegeben werden. Die Inflation tut ein weiteres zur Entwertung der Privatvermögen.

Steigende Arbeitslosigkeit und ökonomische Verteilungskämpfe

Auch die Situation auf dem Arbeitsmarkt spitzt sich dramatisch zu. Dort gibt es neben der traditionellen, nicht-offiziellen Arbeitslosigkeit des größten Teils der entwurzelten Landbevölkerung und der perspektivlosen, ohne formelle Ausbildung für offizielle Arbeitsplätze kaum qualifizierten Stadtbevölkerung, nun auch eine akademisch ausgebildete Reservearmee. Die Perspektiven, in ih-

rem erlernten Beruf als Ingenieur oder Sozialwissenschaftler zu arbeiten, sind praktisch gleich Null. Die ganze Frustration einer an sozialen Aufstieg gewöhnten Bildungselite entlud sich sichtbar in den blutigen Studentenprotesten vom Herbst 1990. Der damalige Premierminister und Vorsitzende der 'Janata Dal' (Volkspartei) V.P. Singh hatte versucht, die aus den 70-er Jahren stammenden Vorschläge der 'Mandal Commission' über die Quotenregelung zur Besetzung staatlicher Arbeitsplätze wahrksam in die Tat umzusetzen. In Zukunft sollten etwa 27 Prozent der Staatsposten für die sogenannten "backward classes" (benachteiligte Klassen) reserviert bleiben. Die 'Janata Dal' gewann mit dieser Politik zunächst auch Sympathien bei der Mehrheit armer Muslime. Diese sahen sich meist in einem Interessensgegensatz zur Hindu-Elite, weniger zu den Angehörigen der niedrigen Kasten oder zu den 'dalits'. Muslime haben höchstens fünf Prozent der Staatsposten inne. Ihr Anteil an der Gesamtbevölkerung Indiens von derzeit 844 Millionen Menschen beträgt mit etwa 110 Millionen 13 Prozent. Diejenigen Muslime, die nach 1947 in Indien blieben, waren meist arme Landarbeiter oder Tagelöhner. An ihrer sozialen Situation hat sich in ganz Indien bis heute nicht viel geändert.

Die Kalkulation mit Religionsgruppen als 'Wählerpotentialen'

Die Politiker haben die Muslime als das berühmte 'Zünglein an der Waage' in ihrem Wahlkalkül entdeckt. Im Unterschied zu Hindus, von denen man sagt, sie orientierten sich in ihrem Wahlverhalten stärker an regionaler Besonderheit und Kastenzugehörigkeit, sollen Muslime meist geschlossen wählen. Politiker haben durch ihr taktisches Schielen auf Wählerstimmen massiv dazu beigetragen, Muslime und Hindus gegeneinander auszuspielen. So gilt es als 'Verdienst' Rajiv Gandhis, den Boden für die aktuellen, brutalen Auseinandersetzungen um Ramjanambhoomi bzw. Babri Masjid bereitet zu haben.

Im April 1985 sprach das Höchste Gericht Indiens einer muslimischen Frau das Recht auf Unterhaltszahlungen durch ihren geschiedenen Ehemann zu. Daraufhin erhob sich ein Großteil der muslimischen Elite und warf dem Gericht unrechtmäßige Einmischung in einen Bereich des Familienrechts vor, der in die Zuständigkeit islamischen Rechtsverständnisses fiel. Die sich darauf beziehende Agitation bezeichnete den Richterspruch als eine ungeheure Bedrohung der muslimischen Identität. Rajiv Gandhi gab diesen Forderungen nach und schrieb die Regelung der Unter-

haltszahlungen bei Scheidungsfällen in muslimischen Ehen durch die Ausrichtung an islamischer Gesetzgebung fest. Die 'Muslim Women (Protection of Rights on Divorce) Bill' wurde von ihm am 25. Februar 1986 dem Parlament zur Verabschiedung vorgelegt. Um es sich deshalb nicht mit Hindus zu verscherzen, veranlaßte Rajiv Gandhi am 1. Februar 1986 die Öffnung der seit 1949 offiziell verriegelten Tore zum Schrein der Babri Masjid, in dem Hindus in einer Nacht-und-Nebel Aktion im Dezember 1949 Idole von Ram und seiner Frau Sita aufgestellt und damit die Moschee

lime in Indien bevorzugt würden.

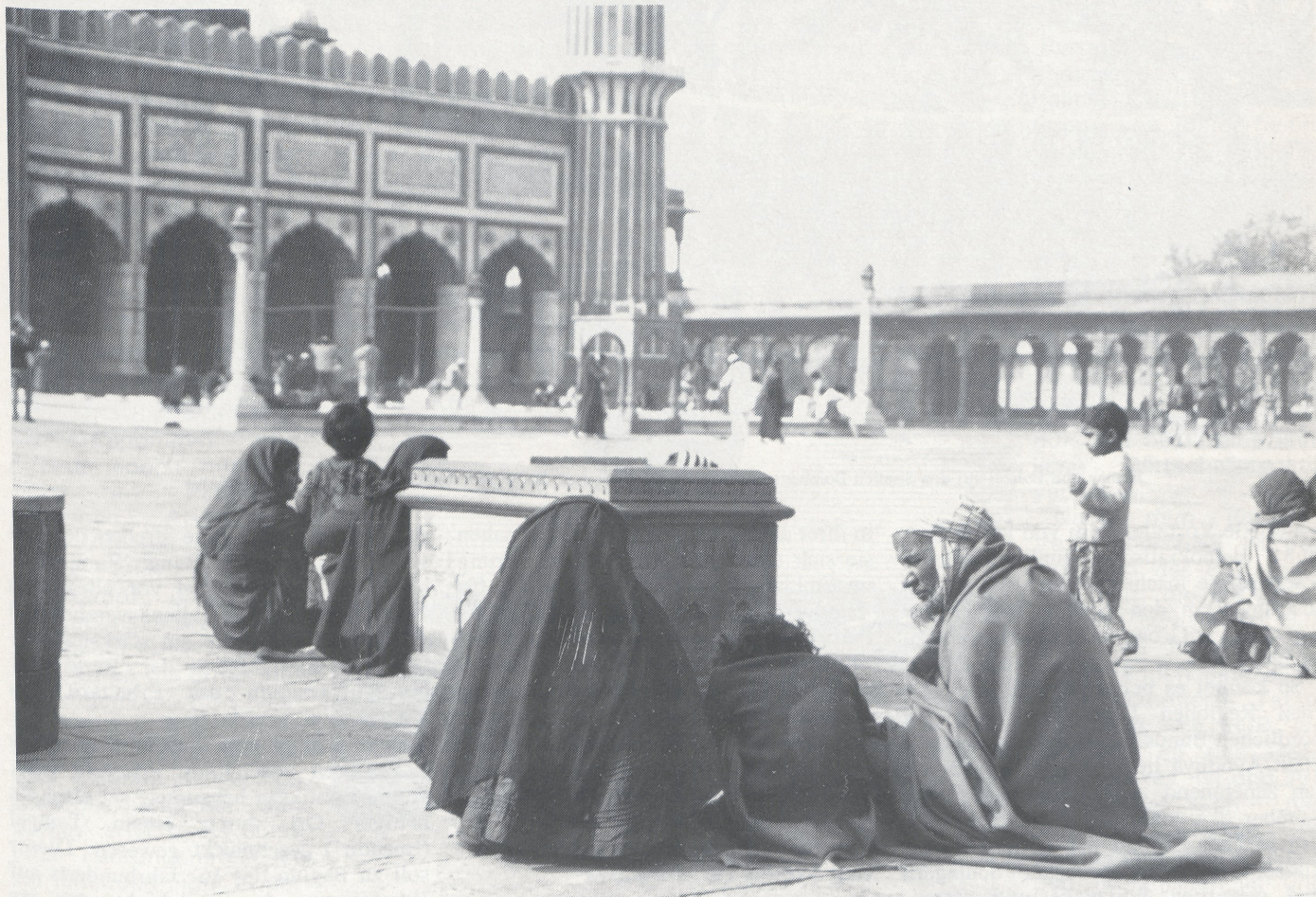
Säkularismus in Indien?

Indiens Demokratie erstand aus den Trümmern eines nie gelösten, sondern nur im 'kommunalistischen' Sinne kodifizierten Konfliktes. Die Bildung der zwei Staaten, wobei der eine als 'Zuflucht' für Hindus, der andere als 'Refugium' der Muslime angesehen wurde, war faktisch die Festschreibung dieses 'Kommunalismus'. Säkularismus mußte von Anfang an ein, wenn auch von Nehru durchaus ernstgemeintes,

recht hätten. Von der anderen Seite wird es immer als 'eigentliche Schutzmacht' der Muslimminderheit in Indien bezeichnet und erlaubt so eine ständige Einmischung in Indiens Souveränität. Der Kriegsfall - bis heute hat es schon drei gegeben - ist also vorprogrammiert und jede der beiden Nationen versucht sich dafür - möglichst umfassend und auch atomar - zu rüsten.

Die Polizei: 'Freund und Helfer' derjenigen, die sie bezahlen

Seit Ende der 80-er Jahre gilt die indi-



Moslems in Indien: Angeblich eine bevorzugte Minderheit. (Foto: Walter Keller)

nicht nur entweiht, sondern praktisch in einen hinduistischen Tempel verwandelt hatten.

Zwei Ausgangs- und Bezugspunkte des heutigen Babri Masjid-Ram Janambhoomi-Konfliktes waren damit etabliert. Das Zugeständnis an die Muslime, in bestimmten Fällen nach ihrem eigenen Rechtsverständnis zu verfahren, wird von den an 'Hindutva' (Herrschaft der Hindus) Orientierten als 'Pseudo-Säkularismus' bezeichnet. In jeder Hetzrede gegen die Muslime wird auf die Existenz der 'Muslim Women Bill' verwiesen, um darauf zu deuten, wie sehr die Mus-

Konstrukt bleiben, um sich der modernen, souveränen Staatenwelt zuordnen zu können und andererseits dem 'nation-building' nachzuhelfen. Das neue Indien sollte für die zahlreichen unterschiedlichen Volks- und Religionsgruppen, die es umfaßte, eine allgemeine Identifikationsmöglichkeit bieten.

Letztendlich zehren Hindu-Nationalismus wie auch muslimischer Chauvinismus von der Existenz Pakistans. Für die einen gilt seine Existenz als Beleg dafür, daß indische Muslime 'eigentlich' gar keine indischen Bürger seien und daher in Indien kein Lebens- und Bleibe-

sche Polizei in der öffentlichen Meinung als korrupt, moralisch verkommen, grausam und brutal, insbesondere gegen die Schwachen der Gesellschaft wie Frauen, Landlose, Wohnsitzlose in den Städten oder Angehörige von religiösen Minderheiten (Sikhs, Muslime). Kinofilme, die in Indien ein empfindliches Barometer der Volksstimmung sind, präsentieren Polizisten als Leinwand-Bösewichte.

Die indische Polizei nutzt die vom Staat verliehene Macht selbstherrlich aus und verschafft sich zusätzlich zum mageren Gehalt durch allerlei Geschäftchen



Armee und Polizei auf den Straßen Bombays: Auf welcher Seite stehen die Sicherheitskräfte?. (Foto: 'India Today')

materielle Vorteile. Fern von jedem Einfluß demokratisch funktionierender Staatsorgane machen sie sich willig zum Instrument in den Händen lokaler Potentaten wie Großgrund- oder Fabrikbesitzer.

So kommt es beispielsweise in ländlichen Regionen Uttar Pradeshs, dem nördlichen Bundesstaat, in dem auch die Stadt Ayodhya liegt, in den letzten Jahren zunehmend zu brutaler Gewalt gegenüber den 'dalits'. Sobald sich diese den Machenschaften der Grundbesitzerklasse, ihren angeheuerten Schlägern und gekauften Polizisten widersetzen, werden sie auf der Stelle 'bestraft'. Menschen, die Protest organisieren, werden erschossen, ihre Frauen vergewaltigt, ihre Dörfer angezündet. Greift die Polizei ein, so handelt sie meist im Interesse derer, die sie gut dafür bezahlen und verhaftet die mittellosen 'Aufrührer'. Zahlreiche Menschen haben, schutzlos dieser Willkür ausgeliefert, die Gefängnisse nicht mehr lebend verlassen. Demokratisches Recht regiert hier nicht, sondern die einflußreiche Feudalklasse, die sich aus der Hindu-Elite zusammensetzt.

Die am 6. Dezember 1992 zum Schutz der Babri Masjid abgestellte 'Provincial Armed Constabulary' wußte von vorne herein auf welcher Seite sie stand, denn

in ihrer anti-muslimischen Haltung sahen sie sich selbst mit der Bundesregierung im Einklang. Seit 1991 war hier die für 'Hindutva' streitende 'Bharatiya Janata Party'(BJP) an der Macht. Nach der Zerstörung der Moschee unterstellte Indiens Premierminister Narasimha Rao Uttar Pradesh und die drei weiteren, von der BJP regierten Bundesstaaten der Direktregierung durch New Delhi.

Ayodhya: Von einer beschaulichen Tempelstadt zum Symbol für 'Hindutva'

Ayodhya mit etwa 30.000 Einwohnern, wovon ca. 86 Prozent Hindus und 13 Prozent Muslime sind, ist für Hindus eine heilige Stadt. Dies geht auf die Legenden um den Gottkönig Ram und seine Königin Sita zurück und ist auch Thema des Epos 'Ramayana'. Seit etwa 2.500 Jahren wird dieses Epos in erster Linie mündlich, in verschiedenen Versionen überliefert und jüngst sorgte seine Bearbeitung durch das indische Fernsehen dafür, daß zu Sendezeiten Indiens Straßen leergefegt waren. Mythologie spielt im heutigen Indien wie in den vorangegangenen Jahrhunderten für die meisten Menschen (nicht nur für Hindus) eine zentrale Rolle.

Ayodhya ist ein Pilgerort mit zahllo-

sen Tempeln. Gläubige streben dem legendären Geburtsort Rams 'Ramjanambhoomi' zu. Ram wird vor allem von Hindus im Norden Indiens verehrt und soll gemäß der heute am stärksten verbreiteten Interpretation der 'Ramayana' eine Inkarnation des Erhalter-Gottes Vishnu sein.

'Ramjanambhoomi', so wird seit etwa 125 Jahren von Hindu Priestern bzw. Hindu-Politikern behauptet, sei einst als heiliger Ort durch einem Tempel ('mandir') geschmückt gewesen. Dieser soll zu Beginn des 16. Jahrhunderts auf Veranlassung des von Afghanistan ins damalige Sultanat von Delhi drängenden Gründers der Moghul-Dynastie Schah Babar abgerissen worden sein. Auf seinen Trümmern sei 1528 die heute umstrittene Babri Masjid errichtet worden. Dies bildet den in seiner Faktizität von namhaften Historikern wie R.S. Sharma, M. Athar Ali, D.N. Jha und Suraj Bhan widerlegten Ausgangspunkt der Agitation der hindu-nationalistischen Kräfte und endete am 6. Dezember 1992 mit der Schleifung der Moschee in Ayodhya.

(In der nächsten Ausgabe von 'Südasiens' geht es um die Geschichte der 'Hindutva'-Bewegung, um eine eingehende Analyse von BJP, VHP und RSS sowie um religiöse Identität und Vorurteile).